

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Berlin S. 59, Hasenhalde 92.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27/1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Belegen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

An alle Mitgliedschafts-Vorstände

sandten wir am 2.—4. Januar die neuen Abrechnungsformulare, Kassenbücher, Mitgliederbeitragsbücher, Statuten etc. Sollte diese Sendung in einer Zahlstelle nicht angekommen sein, so bitten wir um Mitteilung.

Der Hauptvorstand.

Lohnbewegungen.

Freiburg i. Schl. Wegen verweigerter Annahme unannehmbarer Arbeitsordnung in Firma Wunderlich & Co. alles gekündigt. Zuzug gleich Streikbruch!

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungwechsel sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts *vorher* Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist genau der Beruf und über was Auskunft verlangt wird, anzugeben. Die Auskunftskarte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunftskarten *sofort* zu beantworten.

Die Unterstützungs-Auszahler haben alle statutarischen Unterstützungen *sofort* in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen, der Auskunfts- und der Reisekarte keine Unterstützungen auszuführen.

Gesperrt.

Für Lithographen und Steindrucker:

Bammenthal i. Baden (für Tapetendrucker).

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Bielefeld. Firma Gundlach.

Königsberg i. Pr. wegen Tarifbewegung.

Lahr i. B. Privatlithographie C. Drechsler.

Lüdenscheid. W. v. Heese Söhne.

Meißen. Meißener Blechindustrie-Werke, A.-G.

Neu-Ruppin. Firma Oehmigke & Riemenschneider.

Offenburg i. Baden. Wilhelm Schell jun., Glasplakattfabrik.

Für Chemigraphen:

Berlin. Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Thedran & Kraushaar; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin.

Chemnitz. A. Jüllich.

Dresden. Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Stellungnahme in gesperrten Firmen zieht den *Verlust der Mitgliedschaft* nach sich.

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. Firma I. L. Hoffert, (Lith. u. Steindr.).
Verviers. (Lith. u. Steindr.).

Frankreich: Dijon. Firma Bauer, Marchert & Co. (Lichtdr.).

Holland: Krommenie. Verwers Firnis- u. Metalldruckerei.

Rotterdam. Firma »Modern«.

Wormerveer. Naamenlooze Vennootschap Verwers Metaalldrukery A.-G.

Nord-Amerika: Vereinigte Staaten und Kanada.

Oesterreich: Prag. Firma Neubert (Lichtdr.).

Teplitz. Firma Jaroslaw Holub, (Lith. Anstalt).

Rumänien: Bukarest. I. A. Tärann und St. Smirdan.).

Schweden: Stokholm. Sämtliche Firmen (Lith. u. Steindr.).

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Die Novelle zur Gewerbeordnung. — Rundschau. — Die Streiks und Aussperrungen 1906: II. Die Angriffstreiks. — Die berechtigten Forderungen. — Eingegangene Gelder. — Vermischtes. — Anzeigen.

Bellage: Allgemeines: Die Tarifbewegung in München. Bezirkstag der Bezirke Dresden und Chemnitz. — *Der Lithograph:* Keine Lehrlinge in keramischen Betrieben. Aus den Sektionen: Berlin (Lith.-Bund), Leipzig (Lith.-Bund). — *Die photomech. Fächer:* Ausbildungskurse für Positivretuscheure. Verzeichnis der tariftreuen Lichtdruckanstalten. — *Die Tapetenbranche:* Zur Frage der Verschmelzung, II. Zur Geschichte der Formstecherorganisation. Aus den Sektionen: Bietigheim (Linoleumdr.), Leipzig (Tapetendr.). — *Feuilleton:* Eingänge.

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Die deutsche Sozialpolitik bewegte sich unter dem Grafen Posadowsky zögernd und langsam vorwärts. Unter seinem Nachfolger im Reichsamt des Innern, Herrn v. Bethmann-Hollweg, scheint es anders geworden zu sein. Jetzt schreitet sie in großen Schritten, und es ist nur schade, — daß nach jedem Schritte vorwärts immer zwei Schritte wieder zurück gemacht werden. Auf der einen Seite einige Scheinreformen, auf der anderen Seite neue Entrechtungen der Arbeiterschaft, neue Knüppel zwischen die Speichen des vorwärtsrollenden Rades der Arbeiterbewegung. Und wenn sich diese auch in keiner Weise aufhalten läßt auf ihrem Wege zum Ziele, wenn bei den Hemmversuchen zwar nicht das Rad, wohl aber immer wieder der Knüppel zerbricht, so ist das Streben der maßgebenden Kreise doch recht bezeichnend. Dieses redliche Bemühen zeigte sich bei jeder größeren Vorlage, die unter der neuen Ära eingebracht worden ist. Man erkannte es an dem Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz, man erkennt es jetzt wieder an der Gewerbeordnungsnovelle, die unlängst den Reichstagsabgeordneten zugeht.

Wenn man alle Textveränderungen der ursprünglichen Reichsgewerbeordnung in Betracht

zieht, ist die neue Novelle etwa die fünfundzwanzigste, so daß bis jetzt nur 52 von den ursprünglich 156 Paragraphen des Gesetzes unverändert geblieben sind. Diese fortwährenden Flickereien beweisen schlagend die Notwendigkeit der von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages von diesem und von der Regierung seit Jahren geforderten grundlegenden Reform der Gewerbeordnung durch eine Kodifizierung des gesamten Arbeiterrechts unter Berücksichtigung der außerordentlich erheblichen materiellen Veränderungen des modernen Gewerbesens. Ueber diese begründete Forderung hat man sich wieder hinweggesetzt. Dem zerschissenen Gewande wird ein neuer Flicker angefügt. Vom Blockreichstag ist nicht zu erwarten, daß er von der Regierung unbedingt ein neues Gewand für das Arbeiterrecht verlangen wird. Er wird sich mit dem Flickwerk begnügen. Der Sozialdemokratie aber werden die bürgerlichen Auchpolitiker auch fernerhin »Unterlassung jeder positiven Arbeit« nachzählen.

Der erste der sieben Artikel der Novelle bringt Anweisungen über die *Ausgestaltung der heutigen Lohnbücher und -Zettel zu Abrechnungsbüchern und Abrechnungszetteln*. Die Aenderung ist unwesentlich, wird aber vielleicht den betroffenen Gewerben einige Vorteile bieten. Wichtiger ist die *Einführung des Zwanges zum Besuch der Fortbildungsschule für alle gewerblich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren*, durch die ein schon seit 30 Jahren gestellter sozialdemokratischer Antrag endlich verwirklicht wird. Dagegen bedeutet das dem Bundesrat, den Landeszentralbehörden und natürlich auch den Polizeibehörden eingeräumte Recht, *Bestimmungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe* zu erlassen, eine entschiedene Verschlechterung des bisherigen Zustandes, da sie weniger, wie die Motive behaupten, zur Verhütung von Unfällen, sondern dazu beitragen wird, die Arbeiter, die einen Unfall erlitten haben, noch dafür zu bestrafen und ihnen die Rente

noch mehr wie bisher zu beschränken. Die Heranziehung der Arbeiter zum Erlaß und zur Ueberwachung von Schutzvorschriften, die das Gesetz *nicht* bringt, würde dem von den Motiven genannten Zweck tatsächlich entsprechen haben!

Der zweite Artikel bringt Bestimmungen über die *Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker usw.* Die Konkurrenzklausele, die beibe nicht aufgehoben wird, wird dem Handelsgesetzbuch entsprechend dahin abgeändert, daß die Beschränkung des Werkmeisters etc. zur Annahme von Diensten nach Ablauf seines Arbeitsverhältnisses, in der Regel auf einen Zeitraum von mehr als 3 Jahren nicht zulässig sein soll. Daß auch Arbeiter durch Konkurrenzklausele häufig nach dem Verlassen einer Stelle in der freien Verwendung ihrer Arbeitskraft verhindert sind, weiß man natürlich an zuständiger Stelle nicht. Das Gesetz sagt von einer Einschränkung der Wirkungen derartiger Klauseln für den Arbeiter kein Wort.

Am wichtigsten ist der dritte Artikel der Novelle, der zunächst der völlig unbegründeten *Begrenzung der Arbeiterschutzvorschriften auf Fabriken* ein Ende zu machen sucht. Die Schweiz läßt alle Arbeiter, die in Betrieben mit wenigstens drei Arbeitern beschäftigt sind, der Segnungen ihres Fabrikgesetzes teilhaftig werden. In Viktoria galten 1873 alle Betriebe mit zehn Arbeitern als Fabriken, seit 1893 aber schon alle mit 4 Arbeitern. Soweit kann man natürlich in Deutschland nicht gehen! Nach unserer Novelle sollen die bisher nur für die Verhältnisse der Fabrikarbeiter geltenden Bestimmungen erst auf alle Betriebe übertragen werden, die in der Regel mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, trotzdem auch bei uns sogar der Zentralverband deutscher Industrieller schon 1878 eine Arbeiterzahl von drei als hinreichend betrachtete, um einen Betrieb als Fabrik zu charakterisieren! Aber trotzdem: Deutschland in der Welt voran — im kulturfeindlichen Wettrennen usw. Bei der Erledigung von Kulturaufgaben humpelt es

wie ein alter Kriegsinvalide traurig hinten nach. Da geht es bloß soweit, wie es die Berner Konvention von 1905 auch von den rückständigsten Staaten unbedingt verlangt. Das zeigt sich auch in der Vorschrift einer *elfständigen Ruhepause für Fabrikarbeiterinnen und jugendliche Arbeiter*, die in Wirklichkeit durch die Arbeit unserer Organisationen schon für viele bedeutend überschritten ist. Natürlich läßt die Novelle durch Ausnahmebestimmungen eine weitere Verkürzung dieser »Mindest«-Ruhepause zu. Vom 1. Januar 1910 ab soll die *tägliche Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen in Fabriken zehn Stunden nicht überschreiten*. Das ist die erheblichste Bestimmung der Novelle. In Wirklichkeit haben auch hier die Arbeiterorganisationen für viele schon eine viel kürzere Arbeitszeit erungen. Höchstens ein Viertel der Arbeiterinnen arbeitet noch länger als 10 Stunden und auch in dieser Beziehung sind uns viele andere Staaten schon bedeutend vorausgeeilt. Vom Achtstundentag, der im sozialen, gesundheitlichen, sittlichen und kulturellen Interesse nicht nur der Arbeiterinnen, sondern des ganzen Volkes liegen würde, von einem Maximalarbeitsstag für Männer schweigt die Novelle vollständig. Dafür läßt sie auch hier wieder durch Ausnahmebestimmungen eine Verlängerung der »Maximal«-arbeitszeit für Arbeiterinnen zu!

Artikel vier der Novelle macht einen schlichten Versuch zur *Regelung der Heimarbeit*, dieses Geschwürs an unserem Volkskörper. Der Bundesrat soll für bestimmte Gewerbe vorschreiben können, daß die auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gültigen Schutzvorschriften und die Gewerbeaufsicht anzuwenden sind. Der Bundesrat kann aber er wird nicht immer wollen, das zeigt die Stellung zu den unzähligen Anregungen und Petitionen, die gerade zur Bekämpfung dieses Übels schon gemacht und eingereicht worden sind.

Artikel fünf enthält Strafvorschriften, wobei die Begründung folgendes bemerkenswerte Zugeständnis unvorsichtiger Weise ausplaudert: »Die Strafen, die von den Gerichten wegen Widerhandlung gegen die Arbeiterschutzgesetze verhängt werden, sind größtenteils auffallend niedrig und stehen häufig in keinem richtigen Verhältnis zu den Ersparnissen, die dem bestraften Unternehmer aus der Zuwiderhandlung erwachsen sind.« Das haben die Arbeiterblätter schon immer gesagt! — Der sechste und siebente Artikel sind mehr redaktionellen Charakters, während ein Schlußartikel das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1909 besagt.

Das wäre so das Wesentlichste aus der Vorlage. Vieles, was sie bringt, hat sich die Arbeiterschaft bereits aus eigener Kraft errungen. Das würde ihr noch in erweitertem Umfang möglich gewesen sein, wenn man ihre Forderung nach vollster Vereins- und Versammlungsfreiheit erfüllt hätte. Andere Bestimmungen wieder sind schon seit Jahren durch sozialdemokratische Antäge gefordert worden. Ihre Einbringung ist in erster Linie zu danken der positiven Arbeit, die die Sozialdemokratie geleistet hat. Im allgemeinen entspricht aber das deutsche Arbeiterrecht, auch wenn die Vorlage Gesetz geworden ist, noch lange nicht dem, was eines fortgeschrittenen Kulturlandes würdig wäre. Diesen Zustand muß erst die Arbeiterschaft selbst aus eigener Kraft durch immer festeren Zusammenschluß zu schaffen suchen.

Rundschau.

Eine Feststellung. Unter dieser Ueberschrift brachte die »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindruckere etc.« in ihrer No. 52 des vorigen Jahres einen Artikel, der sich mit unserem Bericht über die Stuttgarter Tagungen unserer Unternehmerverbände (s. Gr. Pr. No. 51, 1907) beschäftigt. Vor allen Dingen hat es dem Artikelschreiber L. M. unsere Feststellung angetan, daß, entgegen der Behauptung des Herrn Dr. Gerschel, der Schutzverband doch nicht »allen Verpflichtungen, die er bei der Einigung auf sich nehmen wollte, aufs genaueste nachgekommen sei«, wobei wir zum Beweise daran erinnerten, »daß z. B. die Verpflichtung zur Benutzung des Arbeitsnachweises in keiner Weise den

Vereinbarungen entsprechend eingehalten wird.« Herr L. M. werde feststellen, daß unsere Behauptungen unwahr seien, der ist enttäuscht. Es wird offen eingestanden, daß die Benutzung der Nachweise tatsächlich nicht in umfangreichem Maße der Fall gewesen ist; aber daran ist natürlich nur der Senefelder-Bund selbst schuld, denn an vielen Plätzen, wo es versucht worden ist, den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen, hat derselbe vollkommen versagt. — Wir können demgegenüber tatsächlich feststellen, daß an vielen Plätzen viele Prinzipale, die die Inanspruchnahme unserer Nachweise nicht nur gelegentlich einmal versuchten, sondern konsequent durchführten, sehr gute Erfahrungen mit unserer Arbeitsvermittlung machten, die zur ständigen Benutzung der Nachweise geführt haben. Daß der Nachweiser nicht immer die Fähigkeiten einer freien Kraft bis zum Tüpfelchen vom kommen kann und daher auch manchmal ein Gehilfe vermittelt wird, von dem sich dann herausstellt, daß er den Anforderungen nicht genügt, ist klar. Dieser Kalamität sind die Unternehmer aber weit mehr ausgesetzt, wenn sie freie Stellen durch Umschauhaltende oder durch Beantworter von Inseraten zu besetzen suchen. Außerdem läßt sich bei der Benutzung der Nachweise ein Fehlgriff in einem Engagement weit eher wieder vergleichen als bei anderweiter Besetzung freier Stellen. Die Zuweisung einer anderen geeigneten Kraft liegt nicht nur im Interesse der Prinzipale, sondern ebenso in dem des Nachweises und der Nachzuweisenden. Daß allerdings in der Zeit der Hochkonjunktur, in der wenig oder gar keine freien Arbeitskräfte gemeldet waren, nicht allen Anforderungen der Prinzipale Rechnung getragen werden konnte, liegt in der Natur der Sache. Aber auch in diesem Falle nutzt den Prinzipalen alles Inserieren ebenfalls nichts. — Wir betonen noch einmal: bei einigem guten Willen hätten die Schutzverbandsfirmen mit unseren Nachweisen dieselben guten Erfahrungen gemacht wie zahlreiche andere Prinzipale. Aber am guten Willen fehlte es! Trotz des Versuchs, das Gegenteil festzustellen, hat Herr L. M. unsere Feststellung über die Nichtbenutzung der Nachweise durch die Schutzverbandsfirmen und damit über die Nichteinhaltung von Einzelpunkten der Vereinbarungen nur bestätigt.

Herr L. M. macht aber in seinem Artikel noch eine andere Feststellung, die genau soviel wert ist, wie die bereits erwähnte. Er schreibt nämlich, daß der Zusammenschluß der Prinzipale in Stuttgart lediglich durch das Vorgehen der Gehilfen hervorgerufen sei, »die ja nicht zur Ruhe kommen wollen, sondern sich immer von neuem, man braucht nur die Artikel der »Gr. Pr.« zu lesen, aufstacheln lassen.« Daß sich die Unternehmer gegen die Gehilfen vereinigt haben, wissen wir; die Prinzipalskoalition muß und wird den immer festeren Zusammenschluß unserer Kollegenschaft auslösen. Daß aber die Gehilfen die Ruhe stören, ist angesichts der Stellungnahme des Schutzverbandes gegen Tarifabschlüsse, also für den Kampf in Permanenz, und angesichts der friedensstörenden Wühlerei des Herrn Dr. Gerschel in München (s. Artikel unter »Allgemeines«) eine bewußte Unwahrheit, eine grobe Verdrehung der Tatsachen. Die Gehilfen verlangen nichts anderes, als menschenwürdige, der durch die bürgerliche Gesellschaft verschuldeten Teuerung, dem Brotwucher, der Gerschel-Kardorf'schen Steuerschraube einigermaßen Rechnung tragende Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie fordern nur die Gewährung dessen, was man ihnen vorenthalte. Sie haben auch bei den Streiks, die Herrn Dr. Gerschel Anlaß zur Aussperrung gaben, nichts Unmögliches gefordert. Das beweisen die Zugeständnisse, die der Schutzverband machen mußte und die z. B. über das in Chemnitz Verlangte noch beträchtlich hinausgingen. Und wenn diese Zugeständnisse noch viel größer gewesen wären, hätten die Gehilfen immer noch nichts »Unbilliges« erreicht, würden die Prinzipale noch lange nicht »untergraben« worden sein. Das wird durch die Riesenprofite bewiesen, die die Unternehmer einstreichen, und für die wir folgendes beweiskräftige Beispiel anzuführen in der Lage sind.

Bei einer Berliner Kunstanstalt (der Name ist Nebensache) bestellte eine auswärtige Firma eine Auflage von 3000 Wandbildern zum Preise von 1500 Mk. Da der Besteller jedoch sein Geschäft verkaufte, bevor irgend etwas an der Ausführung der Wandbilder gearbeitet worden war, suchte er die Bestellung rückgängig zu machen. Die Berliner Kunstanstalt forderte jedoch für den entgangenen Verdienst eine Entschädigung von 752 Mk., also über 100 Proz. des vereinbarten Preises, denn soviel bliebe ihr bei einem Auftrage von 1500 Mk. als Gewinn übrig! Da es der Besteller angesichts der brüsklen Ablehnung aller Arbeiterforderungen durch unsere Prinzipale für unmöglich hielt, daß diese mit einem Reinverdienst von mehr als 100 Proz. arbeiten, ging er auf den Vorschlag der Firma ein, ein Gutachten von Herrn Dr. Gerschel als Sachverständigen gerichtlich einzuholen. Und dieser sagte unter seinem Eide, nachdem er die von der Firma gemachten Angaben über die Kosten der Lithographie, des Drucks, des Materials usw. einzeln geprüft und für richtig befunden hatte, folgendes aus:

»Hiernach gebe ich das von mir geforderte Gutachten dahin ab, daß unter den vorstehenden Voraussetzungen der Klägerin bei Ausführung der 3000 Bilder zum Preise von 1500 Mk. ein Verdienst

von 752 Mk. nach den in Berlin üblichen Preisen für Löhne und Rohmaterial verblieben wäre.

Dabei bemerkt er bei der Nachprüfung der Arbeitslöhne usw., daß sie von der Firma genügend hoch in Rechnung gestellt seien und daß die üblichen Aufschläge auf die Herstellungs- und Materialkosten für den Verdienst selbstverständlich nicht in Anrechnung kommen könnten. Dr. Gerschel hat also unter seinem Sachverständigeneide ausgesagt, daß die gesamten Herstellungskosten der 3000 Bilder (Löhne für Lithographen, Drucker, Hilfspersonal usw., Kosten des Papiers, der Farbe, Maschinenabnutzung, Miete, Aufsicht usw. usw.) bei der Ausführung der Arbeit noch nicht so hoch gewesen wären, wie der reine Verdienst der Firma, die dann noch an den üblichen Aufschlägen auf alle Herstellungskosten im Falle der Ausführung einen weiteren Profit gehabt hätte! — Dieselben Firmen also, die die bescheidensten Arbeiterforderungen als undurchführbar ablehnen, die über die Begehrlichkeit der Arbeiter schimpfen und dem Gewerbe den Untergang prophezeien, wenn man nur einigen Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt, arbeiten mit einem Reingewinn von mehr als 100 Proz.! Und da wundert sich Herr L. M. noch, daß sich die Gehilfen durch solche Tatsachen aufstacheln lassen, von den Prinzipalen immer wieder das zu verlangen, was man ihnen vorenthalte. Gewährt uns menschenwürdige Zustände! Daß es Euch möglich ist, beweist unsere Feststellung. Schließt mit uns einen vernünftigen Tarifvertrag, der den teuren Lebensverhältnissen, dem Streben der Arbeiter nach Licht und Luft, nach Kultur und Lebensgenuß gerecht wird! Aber das will Herr Dr. Gerschel nicht. Er will sich und seinen Anhängern die Freiheit der Ausbeutung wahren. Er stört damit die Ruhe im Gewerbe weit mehr, als alle Artikel der »Graph. Presse«, die nur der Aufklärung der Gehilfenschaft über die tatsächlichen Zustände im Beruf gewidmet sind.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

Von L. Brunner.

II.

Die Angriffstreiks.

Vonden 1906geführten 2045 Angriffstreiks endeten erfolgreich 1121 = 55,7 Proz., teilweise erfolgreich 538 = 26,7 Proz. und erfolglos 386 = 19,9 Proz. Am Schlusse des Jahres nicht beendet oder unbekannt waren 65 Streiks. An den Angriffstreiks waren insgesamt 183756 Personen beteiligt. Davon 169533 männliche und 14223 weibliche. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 91693 = 49,9 Proz. und teilweisen Erfolg 62374 = 33,9 Proz. Um Verkürzung der Arbeitszeit wurden 53 Streiks geführt. Daran beteiligt waren 3077 Personen. Erfolgreich waren von diesen Streiks 35 mit 2236 Beteiligten und teilweise erfolgreich 5 mit 308 Beteiligten. 919 Streiks mit 72218 Beteiligten fanden statt wegen Lohnerhöhung. Davon waren 503 Streiks mit 33521 Beteiligten erfolgreich und 239 Streiks mit 24404 Beteiligten teilweise erfolgreich. Um Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung wurde in 832 Fällen gekämpft. Beteiligt waren dabei 99414 Personen. Es hatten vollen Erfolg 452 Streiks mit 51412 Beteiligten und teilweisen Erfolg 267 Streiks mit 35568 Beteiligten. Die Beseitigung mißliebiger Personen erforderte 48 Streiks, an denen sich 925 Personen beteiligten. Erfolgreich waren davon 27 Streiks mit 505 Beteiligten. Aus anderen Ursachen fanden 193 Angriffstreiks mit 9122 beteiligten Personen statt. Von diesen hatten 104 Streiks mit 4019 Beteiligten vollen und 23 Streiks mit 2051 Beteiligten teilweisen Erfolg.

Folgende Tabelle enthält, gruppiert nach der Art der Forderungen, sämtliche Angriffstreiks, Zahl der Beteiligten, sowie die absoluten und die Verhältniszahlen der mit vollem Erfolg beendeten Streiks bezw. der daran Beteiligten:

| Ursachen der Streiks | Zahl der Streiks | Beteiligte Personen | Von den Streiks hatten vollen Erfolg | | Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg | |
|--|------------------|---------------------|--------------------------------------|-------|--|-------|
| | | | Zahl | Proz. | Zahl | Proz. |
| Angriffstreiks. | | | | | | |
| Verkürzung der Arbeitszeit | 53 | 3077 | 35 | 66,0 | 2236 | 72,6 |
| Lohnerhöhung | 919 | 71218 | 503 | 55,8 | 33521 | 47,7 |
| Verkürzung der Arbeitszeit u. Lohnerhöhung | 832 | 99414 | 452 | 55,1 | 51412 | 51,7 |
| Beseitigung mißliebiger Personen | 48 | 925 | 27 | 56,3 | 505 | 54,6 |
| Andere Forderungen resp. Ursachen | 103 | 9122 | 104 | 55,0 | 4019 | 44,1 |
| | 2045 | 183756 | 1121 | 55,7 | 91693 | 49,9 |

Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst konnte bei den Angriffstreiks für 174459 Streikende festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit insgesamt für männliche Streikende 3042955 Tage und für weibliche Streikende 317230 Tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst ist für diese Streikenden auf 11809688 Mk. festgestellt worden. Die Gesamtausgaben für die Angriffstreiks betragen 6699328 Mk. Vom Jahre 1906 bis 1906 wurden insgesamt 5889 Angriffstreiks mit zusammen 794392 beteiligten Personen geführt, und zwar um Verkürzung der Arbeitszeit 148 Streiks mit zusammen 13446 Beteiligten, um Lohnerhöhung 2798 Streiks

mit 252702 Beteiligten und um Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitiger Lohnerhöhung 2295 Streiks mit zusammen 499355 Beteiligten. Die Angriffstreiks 1900—1906, die Zahl der daran Beteiligten, sowie den Erfolg zeigt folgende Uebersicht:

| Jahr | Zahl der Streiks | Zahl der Beteiligten | Vollen Erfolg | | | | Teilweisen Erfolg | | | |
|------|------------------|----------------------|---------------|---------|------------|----------|-------------------|---------|------------|---------|
| | | | Streiks | | Beteiligte | | Streiks | | Beteiligte | |
| | | | Zahl | Prozent | Zahl | Prozent | Zahl | Prozent | Zahl | Prozent |
| 1900 | 514 | 86786 | 23746,1 | 27350 | 31,5 | 16131,3 | 33088 | 38,1 | | |
| 1901 | 291 | 22761 | 10937,4 | 6487 | 28,5 | 9231,6 | 7441 | 31,8 | | |
| 1902 | 289 | 32659 | 11742,4 | 8011 | 24,5 | 7125,7 | 17556 | 53,7 | | |
| 1903 | 603 | 53763 | 28146,6 | 17042 | 30,3 | 15425,5 | 22379 | 41,6 | | |
| 1904 | 886 | 81427 | 50957,4 | 3782 | 46,5 | 2324,0 | 24428 | 30,0 | | |
| 1905 | 1261 | 33238 | 22257,9 | 4747 | 14,2 | 30724,6 | 48381 | 14,5 | | |
| 1906 | 2045 | 183756 | 112155,7 | 91693 | 49,9 | 53286,7 | 42374 | 30,9 | | |
| Sa. | 5889 | 794392 | 300052,6 | 239447 | 29,7 | 153626,1 | 215447 | 27,1 | | |

Das Gesamtergebnis der Angriffstreiks des Jahres 1906 ist bedeutend günstiger als in den Vorjahren. Zwar ist der Prozentsatz der mit vollem Erfolg beendeten Angriffstreiks ein wenig geringer als 1905 und 1904; er beträgt 55,7 gegen 57,9 resp. 57,4. Dagegen ist aber die Zahl und der Prozentsatz der Streikenden, welche vollen Erfolg erzielten, wesentlich höher. 1904 hatten von 81 427 Streikenden 37842 = 46,5 Proz., 1905 von 33238 Streikenden 47473 = 14,2 Proz. und 1906 von 183756 Streikenden 91693 = 49,9 Proz. vollen Erfolg. Insgesamt haben von dem im Jahre 1906 an Angriffstreiks beteiligten 183756 Personen 154067 oder 84 Proz. vollen resp. teilweisen Erfolg zu verzeichnen.

Die berechtigten Forderungen.

Von Rich. Seidel.

In einem in den Nummern 32 und 33 der »Graphischen Presse« 1907 enthaltenen Artikel: »Die Streikversicherung der Unternehmer Deutschlands« kommt der Verfasser auch auf die Schrift eines französischen Advokaten zu sprechen, die das gleiche Thema behandelt. Die Schrift streift in ihrem in der »Graph. Presse« wiedergegebenen Teil auch die von bürgerlichen Sozialpolitikern oft strapazierte Frage nach der Grenze zwischen den berechtigten und unberechtigten Lohnforderungen der kämpfenden Arbeiterschaft. An der betreffenden Stelle heißt es: »Schwerer ist dagegen ein Streik zu beurteilen, bei dem es sich um Lohnerhöhung handelt: hier hängt alles von den näheren Umständen ab. Als einziges, übrigens ziemlich schwankendes Prinzip ist aufzustellen, das eine gewisse Übereinstimmung der auf die verschiedenen Produktionsfaktoren, Kapital und Arbeit, entfallenden Vergütungen bestehen muß.

Um die Begründung der Arbeiterforderungen und des sie unterstützenden Streiks richtig zu beurteilen, muß man in jedem besonderen Falle sich die Frage vorlegen: Steht der gegenwärtige Lohn in einem richtigen Verhältnis zum Unternehmensgewinn, und ist die geforderte Aufbesserung mit der gegenwärtigen Lage des Unternehmens vereinbar?

Daß das von ihm aufgestellte Prinzip ein ziemlich schwankendes ist, gibt dieser Arbeiterfreund schon selbst zu. Man kann aber getrost weitergehen und es ruhig aussprechen, daß es nicht nur ziemlich schwankend, sondern völlig haltlos ist. Stellt man nämlich bei ausbrechenden Differenzen uns eine Lohnerhöhung die Frage, ob der gegenwärtig gezahlte Lohn im richtigen Verhältnis zum Unternehmensgewinn steht oder nicht, dann wird man wohl in den meisten, nicht gar in allen Fällen von den Unternehmern ein Ja, von den Arbeitern dagegen stets ein entschiedenes Nein zur Antwort erhalten. Darum fragt die »Graph. Presse« in ihrer Kritik der oben zitierten Sätze ganz richtig: Welches ist denn das richtige Verhältnis des Arbeitslohnes zum Unternehmensgewinn? Eine Antwort auf diese Frage zu geben, welche beide Parteien, das Unternehmertum und die Arbeiterschaft befriedigen kann, ist einfach unmöglich. Die Verschiedenartigkeit der Auffassung beider Parteien in diesem Punkte ist sogar so groß, daß in ihr der ganze Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zum Ausdruck kommt, ein Gegensatz, der innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung niemals ausgeglichen werden kann. Das Unternehmertum wird stets bestrebt sein, die Arbeitslöhne auf dem denkbar niedrigsten Niveau zu halten. »Je mehr Unternehmensgewinn, um so lieber« ist sein Standpunkt, wie die »Graph. Presse« schreibt. Mehr Unternehmensgewinn ist aber in der Regel gleichbedeutend mit weniger Arbeitslohn. Denn das Verhältnis »der auf die verschiedenen Produktionsfaktoren, Kapital und Arbeit, entfallenden Vergütungen« zueinander ist nämlich ein solches, daß bei sonst gleichbleibenden Produktionsbedingungen das Fallen der Vergütung der Arbeit (Arbeitslohn) gleichbedeutend ist mit dem Steigen des Unternehmensgewinns und umgekehrt.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus steht der Arbeiter dem Unternehmer lediglich als Warenverkäufer gegenüber. Die einzige Ware, die der Arbeiter besitzt, die Arbeitskraft, verkauft er an den Unternehmer, um sein Leben zu fristen. Er sucht für seine Ware einen möglichst hohen Preis zu erzielen, während der Unternehmer den Preis der

Arbeitskraft, den Arbeitslohn nach Möglichkeit zu drücken gedenkt. Wie auf jedem Warenmarkt, so werden nun auch auf dem Arbeitsmarkt die Preise bestimmt durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Ist das Angebot an Arbeitskraft geringer als die Nachfrage, dann müssen die Unternehmer jeden geforderten Lohn zahlen, um überhaupt Arbeiter zu bekommen und produzieren zu können. Ist dagegen das Angebot von Arbeitskraft größer als die Nachfrage und streiten die Arbeiter unter sich selbst um die zu besetzenden Arbeitsplätze, dann muß naturgemäß eine Preisunterbietung und somit ein Sinken der Löhne stattfinden. Um diesen Uebelstand entgegenzuwirken, haben die Gewerkschaften die Unterstützung Arbeitsloser und die Regelung des Arbeitsmarktes durch den Arbeitsnachweis zu ihren Aufgaben gemacht. Diese beiden Einrichtungen gehören mithin zu den besten Waffen der Arbeiter im Kampfe mit dem Kapitalismus. Trotzdem werden sie von vielen Gewerkschaftsmitgliedern gar nicht ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt.

Diese anarchischen Zustände auf dem Arbeitsmarkt erkennend, hat sich schon der englische Nationalökonom Thomas Robert Malthus (1766—1834) mit der Frage beschäftigt, wie hier Ordnung zu schaffen sei. In seinem Werke: »Versuch über die Grundsätze der Bevölkerung« erklärt er eine künstliche Beschränkung der Bevölkerungszunahme als das geeignete Mittel zu dem genannten Zweck. Ferner hält er eine solche Beschränkung auch deshalb für notwendig, weil er annimmt, daß die Menge der Lebensmittel nicht im gleichen Verhältnis wächst, wie die Bevölkerungszahl.

Für die moderne Arbeiterbewegung kann aber wohl diese Theorie nur ein historisches Interesse haben. Wissen wir doch vor allen Dingen, daß bei einer zweckmäßigeren Ausnutzung der vorhandenen Produktivkräfte, als die kapitalistische Profitwirtschaft sie ermöglicht, die Menschheit bei weitem mehr zu produzieren vermag, als sie zu ihrer ausreichenden Ernährung bedarf.

Auf die Frage, ob eine Einschränkung der Bevölkerungszunahme für die moderne Arbeiterbewegung aus anderen Rücksichten zweckmäßig erscheint oder nicht, näher einzugehen, ist hier nicht der Raum. Eine gewisse Verwandtschaft mit der Malthus'schen Theorie hat aber die von den Gewerkschaften gepflegte Beschränkung der Lehrlingszahl in den einzelnen Berufen. Sie bezweckt für einen bestimmten Beruf das, was Malthus für die ganze Arbeiterklasse wollte, nämlich die Ueberproduktion von Arbeitskräften zu verhindern und dadurch der Anarchie auf dem Arbeitsmarkt vorzubeugen. Diese Anarchie jedoch ganz zu beseitigen, dazu sind auch die Gewerkschaften mit ihren mannigfachen Einrichtungen nicht imstande. Sie können sie wohl abschwächen, aber nicht verhindern. Und zwar können sie es schon deshalb nicht, weil noch lange nicht alle Arbeiter ihrer gewerkschaftlichen Organisation angehören. Mithin bleibt dem Unternehmertum noch immer genügend Raum, seinen preisdrückenden Bestrebungen zu huldigen. Eine unübersteigbare Schranke ist ihn hierin aber doch gesetzt, wie aus folgenden hervorgeht.

Wenn auf dem Warenmarkt die Käufer imstande sind, den Preis für irgend eine Ware bis unter ihre Produktionskosten zu drücken, dann müssen die Verkäufer der betreffenden Ware bankrott machen. Genau so auf dem Arbeitsmarkt. Falls es dem Unternehmertum jemals einkommen sollte, den Preis der Arbeitskraft, den Arbeitslohn, unter dieses Niveau zu drücken, dann gehen die Arbeiter, als die Verkäufer der Ware Arbeitskraft, zugrunde.

Die Produktionskosten der Arbeitskraft sind zunächst die Kosten für die Ernährung des Arbeiters, welcher er bedarf, um die im Dienste des Kapitalismus verbrauchte Arbeitskraft zu erneuern. Würde für diese Erneuerung der Arbeitskraft bei der gesamten Arbeiterklasse in allzu mangelhafter Weise Sorge getragen werden, oder mit anderen Worten, würde der Verdienst des einzelnen Arbeiters nicht mehr genügen, um die Kosten seiner Ernährung zu bestreiten, dann wären die Folgen davon frühes Siechtum und zeitiger Tod. Daß für die schwächeren Elemente unter den Arbeitern die Verhältnisse schon jetzt, wo sich Produktionskosten und Preis der Arbeitskraft noch ungefähr die Wage halten, ungünstig liegen, zeigt uns das fast seuchenartig zu nennende Auftreten gewisser Krankheiten, wie der Lungenschwindsucht. Und die Statistik erzählt uns, daß gerade diese Krankheit prozentual am häufigsten dort auftritt, wo die Lohnverhältnisse die schlechtesten sind. Daran wird auch die Einrichtung von Lungenheilstätten, so löblich sie auch sein mag, nicht viel ändern. Man gebe allen Arbeitern eine ausreichende Ernährung, dann brauchen sie keine Lungenheilstätten. Denken wir uns nun den gesundheitlichen Zustand dieses schwächeren Teiles der Arbeiterschaft auf die ganze Klasse ausgedehnt, dann haben wir ein ungefähres Bild von den Folgen eines Sinkens des Arbeitslohnes unter die Kosten für die notwendigste Ernährung. Hand in Hand hiermit ginge naturgemäß ein Sinken der Produktivkraft der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, was wiederum ein Sinken des Kapitalprofits zur Folge hätte. Dies zu verhindern haben natürlich die Unternehmer das allergrößte Interesse.

Somit bedingt die kapitalistische Produktionsweise die Existenz einer zahlreichen, produktiv-

kräftigen Lohnarbeiterklasse. Soll sie erhalten bleiben, dann ist neben ausreichender Ernährung auch für die Fortpflanzung des Proletariats zu sorgen. Zu dem Zweck darf der gezahlte Lohn es den Arbeitern nicht nur ermöglichen, sich selbst zu ernähren, sondern muß ihnen auch gestatten, eine Familie zu gründen. In derselben Weise müssen in den Produktionskosten der einfachen Arbeitskraft die Fortpflanzungskosten eingerechnet werden, wodurch die Arbeiterklasse instand gesetzt wird, sich zu vermehren und abgenutzte Arbeiter durch neue zu ersetzen. Der Verschleiß des Arbeiters wird also in derselben Weise in Rechnung gebracht, wie der Verschleiß der Maschine« sagt Karl Marx hierüber in seiner Schrift: »Lohnarbeit und Kapital.«

Ein Arbeitslohn, der diesen Anforderungen einigermaßen entspricht, liegt somit im Interesse der Unternehmer sowohl, als der Arbeiter. Alle Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter also, die sich noch in diesem engen Rahmen bewegen, erkennen die Unternehmer als berechtigt an. Alles, was über diesen Rahmen hinausgeht, erscheint ihnen unberechtigt. Unberechtigt deshalb, weil es zur Erhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Produktivkraft nicht mehr unbedingt notwendig ist. An einer Hebung der Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe haben sie kein Interesse. Sie suchen eine solche vielmehr möglichst zu verhindern. Den greifbarsten Beweis hierfür haben in den letzten Jahren die ehemals so kulturkämpferisch sich gebärdenden Nationalliberalen des preußischen Dreiklassenparlaments geliefert. Zu der Verpflanzung der Volksschule in Preußen haben sie, die wohl als die rassenreinsten parlamentarische Vertretung des Kapitalismus anzusprechen sind, ihr redlich Teil beigetragen. Mit Hilfe ihres Ausbeuterinstinks kalkulieren sie ganz richtig, daß ein höherer Bildungsgrad es den Arbeitern leichter machen würde, ihre Klassenlage zu erkennen und dementsprechend zu handeln. Darum wird auch auf dem Gebiete dem Proletariat nur so viel gewährt, wie nötig ist, um es produktionsfähig zu erhalten. Und dazu gehört bei der fortschreitenden Arbeitsteilung und der Ausbreitung der Maschinen immer weniger.

Die Aufgabe der Gewerkschaften innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist es darum, die Lebenshaltung der Arbeiter über das dem Kapitalisten genehme Minimum zu heben, um es den Arbeitern zu ermöglichen, nicht nur »für des Leibes Nahrung und Notdurft« zu sorgen, sondern auch an den Genüssen der Kultur einen geringen Anteil zu nehmen. Die Arbeiterklasse jedoch auf eine Kulturstufe zu heben, die ihrer Bedeutung als derjenigen Klasse, die alle zur Erhaltung und Fortbildung der Menschheit dienenden Werte schafft, entspräche, ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmöglich. Diese Wirtschaftsordnung muß kulturhemmend wirken, weil der Selbsterhaltungstrieb ihre Anhänger zwingt, den größten und wertvollsten Teil der Bevölkerung in Armut und Dummheit zu erhalten. Einer künftigen sozialistischen Wirtschaftsordnung wird es vorbehalten sein, das hohe Ziel zu erreichen.

Uebersicht

über die Einnahmen an Extrasteuer, welche noch vom 1. August bis 31. Dezember 1907 einkommen sind.

| | Mk. | Pf | | Mk. | Pf |
|------------------------|--------|----|-----------------------|-------|----|
| Aachen . . . | 1080 | — | Kirchhain . . . | 24 | 70 |
| Altwasser . . . | 5050 | — | Köln | 82 | — |
| Aschersleben . . . | 2520 | — | Leipzig | 18434 | 50 |
| Augsburg | 1015 | — | Leitelsheim . . . | 78 | — |
| Barmen | 11150 | — | Magdeburg | 463 | 12 |
| Berlin I | 2338 | — | Mainz | 60 | — |
| Berlin III | 253850 | — | Müglern | 31 | — |
| Berlin V | 2250 | — | Mühlhausen | 30 | — |
| Bonn | 2950 | — | München I | 212 | 95 |
| Bünde | 1440 | — | München II | 129 | 90 |
| Bunzlau | 12 | — | Nürnberg I | 521 | 30 |
| Chemnitz | 102 | — | Nürnberg II | 163 | 50 |
| Cöslin | 2675 | — | Osnabrück | 7 | 25 |
| Crefeld | 53 | — | Rheydt | 12 | — |
| Dessau | 2250 | — | Schweidnitz | 16 | — |
| Detmold | 8940 | — | Solingen | 22 | 50 |
| Dortmund | 5850 | — | Stettin | 37 | 50 |
| Dresden I | 53550 | — | Strasbourg | 219 | 80 |
| Düsseldorf | 185 | — | Stuttgart I | 948 | 80 |
| Duisburg | 550 | — | Stuttgart II | 203 | 90 |
| Eßlingen | 24 | — | Trier | 76 | — |
| Freiburg i. B. | 1350 | — | Würzburg | 59 | 20 |
| Gotha | 34 | — | Würzen | 21 | 50 |
| Hamburg | 150 | — | Zeit | 7 | — |
| Herford | 35 | — | Zittau | 14 | — |
| Hirschberg | 64 | — | Von einigen | | |
| Jena | 10 | — | Einzel-Mit- | | |
| Iserlohn | 6880 | — | gliedern | 119 | 92 |
| Karlsruhe | 200 | — | | | |

Summa: Mk. 28836,84.

Folgende Mitgliedschaften haben trotz wiederholter Mahnung eine Abrechnung über die Streik-

*) Lohnarbeit und Kapital. Von Karl Marx. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Die Lektüre dieser vortrefflichen Schrift ist übrigens jed-m zu empfehlen, der sich über die hier behandelten Gegenstände näher unterrichten will.

und Extrasteuer bis heute nicht eingesandt: Cassel, Hannover, Kaufbeuren, Lüdenscheid, Mannheim, Meissen, Niederbieber, Spredlingen und Zwickau.

Dieselben werden nun nochmals gebeten, ihren Verpflichtungen recht bald nachzukommen.

Berlin, den 6. Januar 1908.

Wilh. Brall, Hauptkassierer.

Vermischtes.

Das größte und das kleinste Buch. Im britischen Museum zu London, zu dem die größte Bibliothek der Welt gehört, wird auch das größte aller Bücher aufbewahrt. Es ist ein kolossaler geo-

graphischer Atlas mit herrlich gestochenen, alten holländischen Karten; er ruht in einem riesigen Gehäuse, aus dem er nur durch Zusammenheften dreier Männer hervorgeholt werden kann. Ein gediegener, mit prächtigen Goldverzierungen geschmückter Ledereinband umschließt das Buch, das schwere silberne Beschläge, die reich vergoldet sind, zusammenhalten. Er ist nahezu sieben Fuß hoch, und sein Gewicht beträgt 800 Pfund; er war im Jahre 1660 dem König Karl II., als er sich von Holland wieder nach London einschiffte, zum Geschenk gemacht worden. Das kleinste Buch der Welt befindet sich in Deutschland, im Germanischen Museum zu Nürnberg; es stellt ein mikroskopisches Kleinod der Buchkunst dar, das kaum größer als

ein Daumnagel ist. Dabei enthält es aber das gesamte Neue Testament, von einem Nürnberger Künstler zu Anfang des 17. Jahrhunderts verfertigt.

Eingeprägelter Religion. Das Landgericht Aschaffenburg verhandelte im Dezember 1907 gegen den Pfarrer Alois Fassel von Johannesberg, der drei achtjährige Mädchen, weil sie die Kirche versäumt und beim Religionsunterricht unaufmerksam gewesen, derart gezüchtigt hatte, daß die Hände anschwellen und blutunterlaufene Stellen aufwiesen. Der geistliche Prügelpädagoge kam mit 18 Mk. Geldstrafe davon.

Positiv-Retuscheur,

erste Kraft für ff. **Maschinen-Retuschen**, an selbständige Tätigkeit gewöhnt und möglichst erwünscht, sucht dauernde, gute Kondition in Berlin. 1,05] **G. Steffens, Berlin NO. 55.**

Tüchtiger Strich-Aetzer,

welcher im Kopieren und in der Strichphotographie bewandert ist, sucht sofort Stellung. Offerten unter **G. S. 20** an die Exped. d. Bl. [0,90

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **2 jüngere aber flotte** [2,40

Auto-Aetzer.

Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an **Zerreiß & Co., Nürnberg.**

Erfahrener u. gewandter Strich-Aetzer

für sofort gesucht.

3,30]

Richard Tetzner, Erfurt.
Graphische Kunstanstalt.

Tüchtiger Reproduktions-Photograph

nur I. Kraft, im Naßen und Emulsion, sowie Trockenplatten, besonders großen Formaten vollständig versiert, speziell für Aufnahmen von Mehrfarbenarbeiten wird gesucht von

R. Mosinger, Agram (Kroatien)
4,50] — Lichtdruck-Anstalt —

Reproduktions-Photograph,

allererste Kraft, für 3- und 4-Farben-Aufnahmen gesucht! — Es wird nur auf einen wirklich tüchtigen und zuverlässigen Herren reflektiert.

GUSTAV DREHER, Stuttgart,

9,— Württemberg. Graphische Kunstanstalt.

Sicheren u. flotten Kopierer

für **Zink u. Kupfer, Strich u. Auto**, unter Angabe der Gehaltsforderung und Alter, Zeugnisabschriften erwünscht **Knackstedt & Näther, Hamburg.**

1,50] **Ia. Farben-Nachschneider**, möglichst gelernter Xylograph, in ersten Häusern tätig gewesen, wird für dauernd gesucht. Offert. mit Mustern und Zeugnissen sowie Lohnanspr. an **Walter Grützmacher, Berlin, Alexandrinenstr. 11.**

Maschinenmeister

für lith. Rotationsmaschine (Frankenthaler) per Ende Januar gesucht. Angenehme und dauernde Stellung. Offerten erbeten an

Göteborgs Litografiska Aktiebolag, Göteborg (Schweden).

Zum **15. Januar 1908**

6-8 tüchtige Messingstecher

bei dauernder Beschäftigung gesucht.

2,70] **Jentz & Eggert,**
Anhalter Druckwalzen- u. Formen-Fabrik.

Ein tüchtiger, energ., nicht unter 25 Jahren alter

Formstecher,

der die Herstellung der Walzen und Formen für Tapeten, Wachstuch, Linoleum etc. durchaus versteht, auch in den Nebenarbeiten bewandert ist, sowie etwas Kenntnis für Holzstecherei besitzt, kann angenehme dauernde Stellung erhalten, evtl. später als Meister fungieren. — Offerten mit Gehaltsansprüchen unter **C. R. 1015** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln** erbeten. [3,30

Der praktische Umdrucker

von Bernhard Enders. Druck und Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Preis 80 Pf. inkl. Porto.

Atelier,

Nähe Leipzigs, mit Dunkelkammer und Arbeitsräumen, zusammen zirka 100 qm, passend für Chemigraphie oder Lichtdruck, Mitbenutzung der Dampfheizung, elektr. Licht, für 400 Mk. sofort oder später zu vermieten. Näh. unt. „**Atelier**“ durch die Expedition dieses Blattes.

Stellungslose

Gehilfen oder solche, die einen Wechsel ihrer Arbeitsstelle beabsichtigen, sollten **sofort** beim nächsten Postamt den **Graphischen Arbeitsmarkt** der „Buchdrucker-Woche“, Berlin SW. 68, bestellen. Der Gr.-A. erscheint Montags und Donnerstags Mittags 2 Uhr und enthält alle am selben Tage bis 9 Uhr eingegangenen offenen Stellen des Buch- und Steindruckgewerbes. Bezugspreis pro Monat, 8 bis 9 Nummern, nur

Neun Pfennig.

Unserm werten Kollegen

Marzello Moroni,

Chemigraph

die herzlichsten Glückwünsche

zu seiner Hochzeit.

3,— Zahlstelle Köln a. Rh.

Achtung! Achtung!

Verbands-Geschäfte

in Dresden

Ab **Dienstag, 7. Januar** werden die Verbandsgeschäfte als: **Auskunftsverteilung, Arbeitslosen-, Reise-, Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützungsauszahlung, Arbeitsnachweise, Vertrieb der Gr. Pr., verbandsgeschäftliche Korrespondenzen** usw. vom

Bureau d. Lith., Str. u. verw. Berufe Dresden - A. Ritzenbergstr. No. 2, II l.

aus besorgt. Alle zu obigen Funktionen, sowie zur Agitation im **Gau Sachsen** bezügl. Zuschriften sind vom **7. Januar** an mit obiger oder mit folgender Adresse zu versehen

Paul Leinen Ritzenbergstr. No. 2, II l. Dresden-Altstadt.

ALLERLEI PRAXIS!

20 Blatt Schriften, Umrahmungen, Etiketten etc. in praktischer Anwendung, für **Maler, Lithographen, graph. Zeichner und Formstecher**, in fester eleganter Mappe. Ansichtssendung franko gegen franko, Prospekte gratis. — Entworfen und zu beziehen vom Atelier für Entwürfe

Peter Flittert, Dresden A. 10.

Preis: Mk. 10,—, Fracs. 13,—, Kr. 12,—

Lieferung: Auch bei 2 Raten sofortige.

Zelluloid-Umdruckpapier

nie quetschend, für Stein, Aluminium u. Zink, sowie Photochromie-Raster, liefert in Schutzpackung **D. R. G.-M. 288967** nur

Carl Mohwinkel, Hannover.

Nicht zusammenklebend, stets gebrauchsfertig!

Prosp. gratis u. franko **„Arbeitsmethode“** für **Photochrom** und Rezept für **10,— Mk.** Offerten **R. Barth, München, Liebigstraße 39.**

Unserem scheidenden Verwaltungsmitgliede und bewährtem Geschäftsvertrauensmann

Kollegen Schenkkan

rufen bei seiner Abreise nach Holland ein

herzliches Lebewohl
und viel Glück

im neuen Wirkungskreise zu. [2,10 Die Verwaltungsmitglieder und die Kollegen der Firma **J. G. Huch & Co., Braunschweig.**